

## Betriebsbesetzung des Fahrradwerks Bike Systems in Nordhausen/Thüringen

Dass sich in Deutschland Belegschaften gegen die Schließung des Betriebes wehren ist selten, viel zu selten. Dass sie ihren Betrieb besetzen, ist ganz ungewöhnlich. Dass sie aber die Produktion (wenn auch befristet) in Eigenregie aufnehmen, ist der absolute Ausnahmefall. Seit dem 10. Juli, seit 3 Monaten, halten 135 Arbeiterinnen und Arbeiter der Bike Systems GmbH in Nordhausen am Südharz ihre Fahrradfabrik besetzt und werden vom 22. Oktober an 2000 Fahrräder produzieren. Marke: Strike Bike, Farbe rot.



Sie wollen mit der Aufnahme der Produktion beweisen, dass sie auch ohne Geschäftsführung arbeiten können, dass man sich in unterschiedlichen, kreativen Formen wehren kann. Auf jeden Fall hat sie ihr Kampf nicht nur unter Linken, sondern in breiten Schichten der Bevölkerung bekannt gemacht, ihre Ausgangsbedingungen für eine Weiterführung des Betriebes verbessert und ihren Zusammenhalt gefestigt.

Die Fabrik hatte seit der „Wende“ 1989 etliche Besitzer, zuletzt die „Heuschrecke“ Lone Star aus Texas. Ihre Schwesterfirma in Neukirch (Sachsen) wurde schon im Dezember letzten Jahres plattgemacht. Die dort Beschäftigten erhielten statt eines Sozialplanes ein Almosen: z.B. für 30 Jahre im Betrieb 600 Euro „Abfindung“. So sollte es ihnen nicht ergehen! Das war ihr Antrieb für die spontane Besetzung am 10. Juli.

besuchten lokale Fahrradhändler, erzählten ihren Freunden und Kollegen von der Sache und verteilten Informationen. Auf Hunderten von Internetseiten wird weltweit über das „Strike-Bike“ berichtet. Zuletzt berichteten auch viele große bundesweite Medien über den Kampf in der Nordhausener Fahrradfabrik.

Zwei kleine Kollektive, die Radspannerei in Kreuzberg und das Cafe Libertad in Hamburg hatten die Idee, dass eine begrenzte Zahl von Fahrrädern produziert wird und erklärten sich bereit, den BesetzerInnen beim Vertrieb zu helfen. Diese Idee fand spontane Zustimmung. Schnell fand der Plan unter Linken und Gewerkschaftern, deren Verwandten und Bekannten Verbreitung und es gingen zahlreiche Bestellungen ein. Das Problem war, dass bis zum 2. Oktober 1800 Fahrräder in Auftrag gegeben sein mussten. Die Kampagne „strike bike“ hat in den 2 Wochen davor eine unglaubliche Dynamik entfaltet. Und es sind mehr Bestellungen als notwendig eingegangen: über 1500 Bestellungen aus Deutschland und ca. 300 aus dem Ausland. Bis zum 2. Oktober waren genügend Bestellungen da!

Die Besetzung und die limitierte Produktion war für die Belegschaft immer Mittel zum Zweck, ihre Ausgangsbedingungen für die Produktionsaufnahme unter einem neuen Investor zu verbessern. „Nur mit Besetzung hätten wir unser Ziel nicht erreicht, unsere politische Lage zu verbessern. Wir stehen jetzt viel besser da“.

Am 1. November wird die Insolvenz eröffnet. Dann zeigt sich, ob ihr Plan aufgeht, dass sie einen neuen Investor finden und sie damit weiter zusammen in Nordhausen als Kollektiv arbeiten können. Aber schon jetzt steht für die Aktivisten fest: „Wir haben viel durch Cafe Libertad gelernt. So was Lockeres geht nur im Westen, so was hat sich bis hier noch nicht rumgesprochen“.



Jede Woche organisierten sie phantasievolle Aktionen in Nordhausen und Umgebung wie: Reparatur von Fahrrädern in Schulen, Kinderfest mit Spende des Ertrags für ein örtliches Kinderhospiz, Ausschmückung einer Straßenbahn mit ihren Protestparolen.

Überall in Europa haben sich Menschen für diese Kampagne engagiert, sie machten Veranstaltungen,

Weitere Informationen unter:

[www.labournet.de](http://www.labournet.de) und [www.strike-bike.de](http://www.strike-bike.de)

# Arbeitskampf der Lokführer und die Gewerkschaftseinheit

Der aktuelle Arbeitskampf der Lokführer der Deutschen Bahn ist ein anschauliches Beispiel dafür, mit welchen Methoden der Ausverkauf von Gemeineigentum voran getrieben werden soll, wie sich die Justiz auf die Seite der Abzocker schlägt und mit ihren Einstweiligen Verfügungen das Koalitions- und Streikrecht direkt angreift und wie schnell „Arbeitgeber“-vertreter daraus verallgemeinernde Schlüsse ziehen, um Streiks generell und weitestgehend zu verhindern.

Die Lokführergewerkschaft will einen Spartentarifvertrag und deutliche Lohnzuwächse durchsetzen. Die Forderung nach 31% Lohnerhöhung der GDL mag im ersten Moment überraschend hoch klingen. Doch: Angestellte Lokführer verdienen bei der deutschen Bundesbahn im Monat maximal 2.150 Euro brutto. Die Zugbegleiter bekommen im Monat höchstens 1.885 Euro. Die Forderung der GDL beläuft sich also auf 645 Euro mehr für Lokführer und 565 Euro mehr für Zugbegleiter. Oder anders: Die Lokführer verlangen einen Monatslohn von 2.795 Euro, die Zugbegleiter von maximal 2.450 Euro. Und das nennt Herr Mehdorn eine "irrwitzige Forderung". Im Vergleich mit den meisten westeuropäischen Ländern sind deutsche Lokführer das Schlusslicht. Sieht man die jetzige Lohnforderung auf dem Hintergrund von 10 Jahren Lohnstagnation, dann schrumpft eine einmalige Erhöhung von 30 Prozent über zehn Jahre verteilt auf 2,7 Prozent jährlich – also durchaus angemessen.

Als linke GewerkschafterInnen solidarisieren wir uns im konkreten Konflikt mit den KollegInnen der GDL. Ihre Forderungen sind mehr als gerechtfertigt und zeigen den richtigen Weg im Kampf gegen die immer krasser werdenden Angriffe des Kapitals auf unser aller Lebensqualität. Wenn Gewerkschaftsführungen wie die von Transnet (ihr Chef Hansen unterstützt auch die Bahnprivatisierung) nicht bereit sind, die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder und der Lohnabhängigen zu vertreten, sind diese die Spalter und nicht die, die sich gegen Lohnsenkungen wehren.

Wir stehen hinter den Forderungen der Lokführer nach Einkommensverbesserungen. Ziel sollte sein, für alle Beschäftigten notwendige Verbesserungen zu erzielen. Gewerkschaften laufen Gefahr, Mitgliedergruppen, die eher an der Peripherie stehen, nicht angemessen wahrzunehmen. Das kann auch qualifizierte Berufe betreffen. Doch gerade in Zeiten, in denen die Arbeitswelt sich ausdifferenziert, ist es ein Gebot authentischer gewerkschaftlicher Interessenwahrnehmung, sich auf die spezifische Lage, die unterschiedlichen Lebenslagen, Sorgen und Hoffnungen der einzelnen Beschäftigtengruppen einzulassen.

Aber die Angehörigen solcher Berufe sollten auch nicht vergessen, dass die eigene Qualifikation und die berufliche Kompetenz auch auf der täglichen Zuarbeit vieler anderer beruht. Das verpflichtet zu Solidarität. Man mag das als Moral abtun, sollte jedoch an den unverändert gültigen Satz erinnern: Die Gewerkschaft ist das Stärkste, was die Schwachen haben.

Das Gerichtsurteil zum Streik ist ein massiver Angriff auf unser Streikrecht und auf unsere Gewerkschaften.

Wenn ein Arbeitskampf gerichtlich verboten wird mit dem Verweis auf „wirtschaftlichen Schaden“, so kann damit jeder Streik verboten werden – schließlich findet ein Streik ja gerade deswegen statt, um Unternehmen am Geldbeutel zu treffen und höhere Löhne durchzusetzen. Hier sind alle Gewerkschaften gefordert, einen solchen Anschlag auf ein demokratisches Grundrecht gemeinsam zurückzuweisen.

Auch wenn sich der Kampf v. a. um einen Tarifvertrag entzündet hat, besteht ein unmittelbarer Zusammenhang mit der nicht enden wollenden Privatisierungswelle öffentlichen Eigentums. Wir alle erleben und erleiden weltweit einen Raubzug angetrieben von der Gier nach mehr und immer schneller erzielbarem Profit. Es ist daher umso dringender, dass sich die gewerkschaftlich organisierten KollegInnen darüber bewusst werden, dass sie es sind, die den notwendigen Widerstand gegen die rücksichtslose Zerstörung des Gemeineigentums aufbauen müssen!

## Solidarität mit der Gewerkschaft der Lokführer / GDL

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
wir Betriebsräte aus Stuttgarter Metallbetrieben unterstützen euren Kampf um höhere Löhne und solidarisieren uns mit eurem Streik. Wir verurteilen, wenn Gewerkschaftsführer euren Streik torpedieren und die Bahnprivatisierung unterstützen. Seit vielen Jahren ist die Gewerkschaftsbewegung in der Defensive und muss Reallohnverluste, Arbeitszeitverlängerung und den Abbau von sozialen Errungenschaften hinnehmen, weil gewerkschaftliche Kämpfe nicht hartnäckig als Erzwingungsstreiks geführt werden. Wir wünschen euch viel Erfolg, Stehvermögen und Durchsetzungskraft. Dies würde allen Gewerkschaftern den Rücken stärken und sich auf die nächsten Kämpfe positiv auswirken. Wir verurteilen die Bahnprivatisierung wie auch die Angriffe auf das Streik- und Koalitionsrecht durch Bahnchef Mehdorn. Nur wer kämpft kann gewinnen! Gemeinsam sind wir stark!*

*Solidarische Grüße  
vom Metallertreff des Stuttgarter Zukunftsforum*

**Mittlerweile wird diese Erklärung von über 110 KollegInnen aus verschiedenen Gewerkschaften unterstützt.**

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
recht herzlichen Dank für diese Solidarität und moralische Unterstützung. Wir können es tatsächlich gebrauchen! Bemerkenswert ist auch die Position zu den Aktivitäten aus den Gewerkschaftslagern. Hier wird offensichtlich, dass die gewerkschaftliche Basis nicht nur anders denkt, sondern auch handelt.*

*Mit kollegialem Gruß  
Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer  
Geschäftsführender Vorstand  
Claus Weselsky  
stellvertretender Bundesvorsitzender*

## Telekom-Streik: Erfolgreiche Gegenwehr?

„Das war erst der Anfang.“ So titelt die „ver.di-Publik“ in ihrer Bilanz des Konflikts bei der Deutschen Telekom. Derartige Kämpfe könnten auch anderen Branchen bevorstehen, so die zweifellos korrekte These der neuen Chefredakteurin Maria Kniesburg. „Hoffentlich mit anderen Ergebnissen“ möchte man dem hinzufügen.

Die Auseinandersetzung bei der Telekom werde „trotz der nicht zu leugnenden Wermutstropfen als Beispiel für erfolgreiche Gegenwehr in die Tarifgeschichte eingehen“, behauptet Frank Bsirske im gleichen Artikel. Wenn dies „ein Beispiel für erfolgreiche Gegenwehr“ war, bleibt die Frage, wie von dem ver.di-Chef als Niederlagen definierte Ergebnisse wohl aussehen mögen. Der Konflikt bei dem Telekomgiganten steht in vielerlei Hinsicht für einen qualitativen Sprung – und das gilt ganz offensichtlich auch für die Schönrederei eines miserablen Resultats durch die Spitzenfunktionäre unserer Gewerkschaft.

Denn der Erfolg der Managementstrategie, per Auslagerung geltende Tarifregelungen auszuhebeln, könnte offensichtlicher nicht sein: Die anvisierte Kürzung der Personalkosten um 500 bis 900 Millionen Euro pro Jahr wird bis 2010 vollständig umgesetzt. Vier Wochenstunden unbezahlte Arbeitszeitverlängerung – was aller Lippenbekenntnisse zum Trotz zu zusätzlichem Personalabbau führen wird – und der Samstag als Regelarbeitstag erscheinen vielen der rund 50.000 Betroffenen noch als das geringere Übel. Empört sind viele aber über die ebenfalls vereinbarte Lohnkürzung von 6,5 Prozent, die zwar vorübergehend ausgeglichen, mittelfristig aber dennoch wirksam wird. Selbst wenn ver.di es in den kommenden Jahren schafft, jährliche Tarifierhöhungen von 2,2 Prozent durchzusetzen und so das absolute Einkommensniveau zu halten, ist jahrelanger Reallohnverlust vorprogrammiert. Für Neueingestellte gilt das sowieso: Mit 30 Prozent weniger Lohn liegen sie auf dem von Telekom-Chef René Obermann beschworenen „Marktniveau“ – das ver.di während des Arbeitskampfs richtigerweise als Lohndumpingstrategie gebrandmarkt hat, die die Belegschaften der Mitbewerber wiederum unter Druck setzen wird.

Den Kritikern des Tarifabschlusses wird jetzt entgegengehalten, dass sich 72,6 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für das Ergebnis ausgesprochen haben. Statt

auf fehlende Kampfbereitschaft oder gar Zufriedenheit ist das aber eindeutig auf – von den ver.di-Verantwortlichen bewusst herbeigeführte – Resignation zurückzuführen. Die Urabstimmung fand im Gegensatz zum üblichen Verfahren erst eine Woche nach öffentlicher Verkündung des Ergebnisses statt. Die Streikenden wurden schon Tage vorher wieder zur Arbeit geschickt. Und auf den Versammlungen wurde das Ergebnis mit einer Mischung aus Schönrechnerei und Einschüchterung „verkauft“.

Dabei wäre es durchaus möglich gewesen, den Streik fortzuführen und auszuweiten – zum Beispiel auf andere Teile des Konzerns, deren Verkauf ebenfalls auf der Tagesordnung steht. Rechtlich wäre das durch die Kündigung von Tarifregelungen oder die Forderung nach einem konzernweiten Tarifvertrag möglich gewesen. Auch die Einbeziehung der BeamtInnen wurde zu keinem Zeitpunkt ernsthaft betrieben, obwohl für den Entzug des Streikrechts in einem privaten Unternehmen überhaupt keine Rechtfertigung besteht. Möglichkeiten, den Konflikt mit den gleichzeitig stattfindenden Warnstreiks in der Druck- und Metallindustrie zusammenzuführen wurden – trotz der stets betonten Bedeutung der Auseinandersetzung bei der Telekom – ebenfalls kaum genutzt. Die These, der Kampf sei nicht fortzuführen und mehr sei „nicht drin“ gewesen, ist also nicht haltbar.

Das ist die eine Seite. Die andere ist die Tatsache, dass sich während des Arbeitskampfs trotz hervorragender Beteiligung Selbstaktivität und „Selbstermächtigung“ – eigenständiges Handeln auch unabhängig vom Hauptamtlichenapparat – nur sehr begrenzt entwickelt hat. Die organisierte Gewerkschaftslinker kann in künftigen Auseinandersetzungen eine Rolle dabei spielen, diese Schwäche zu überwinden.

*Daniel Behruzi*

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di, Berlin

[www.labournet.de](http://www.labournet.de)

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch

## Heiße Luft aus Heiligendamm – ist die Katastrophe so abzuwenden?

**Zur Vorgeschichte:**

**Seit über vierhunderttausend Jahren schwankte der Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Gehalt der Luft zwischen 200 und 280 ppm (ppm = Teile pro einer Million). Mit der bürgerlich-industriellen Revolution ist er ab 1850 sprunghaft angestiegen und lag 2004 bei 380 ppm. Wenn die CO<sub>2</sub>-Konzentration weiter auf 450 ppm steigt, kann es zu einer unumkehrbaren Klimakatastrophe kommen, denn die globale Temperatur folgt dem CO<sub>2</sub>-Anstieg, und zwar innerhalb weniger Jahrzehnte!**

**Deutschland ab 2006: Erwärmung in neuen Ausmaßen:**

nach heißem Juli folgte je ein besonders warmer Herbst, Winter und Frühling.

**Bekannte Auswirkungen:**

- Das Klima ändert sich so schnell wie nie zuvor: Juni 2006 bis Mai 2007 Erwärmung um 3°C!
- Extreme Kurzzeitereignisse nehmen zu: Stürme und Überschwemmungen;

➤ Hitzewellen und Dürren häufen sich, Waldflächen sterben ab, Menschen kollabieren;

**Die Hauptverursacher der CO<sub>2</sub>-Produktion**

Kapitalseite und Medien lenken die Aufmerksamkeit vor allem auf die Verbraucher. Sie sollen zahlen: für neue Geräte, für neue Häuserdämmungen, für neue Automodelle, für alte Automodelle, usw.

Entscheidend für die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sind aber vor allem die Energieversorgungs- und Verkehrssysteme, die nach Profitinteressen eingerichtet wurden.

## Die Öl-, Gas- und Stromkonzerne

Sie produzieren 43 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Deutschland und wollen immer schon grün gewesen sein.

### Aber

- sie unterdrücken die Nutzung von Erdwärme sowie die Verbreitung der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung, die Strom und Wärme gleichzeitig erzeugt;

- sie planen 39 neue Steinkohle- und sechs neue Braunkohlekraftwerke;

## Die Automobilkonzerne

Sie sind für rund 16 Prozent der CO<sub>2</sub>-Produktion in Deutschland verantwortlich. Ihre Werke in den USA, China usw. nicht gerechnet. Sie versprechen eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes pro Auto und pro km.

### Aber

- sie steigern ihre weltweite Autoproduktion und betreiben erfolgreich Lobbying gegen eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung und gegen die Förderung öffentlicher Massenverkehrsmittel;

- sie hemmen technische Entwicklungen, die den Benzinverbrauch drastisch senken könnten;

## Holz- und Nahrungsmittelkonzerne

- Sie privatisieren riesige Waldflächen und wandeln sie in Weideflächen um – allein zur Profitsteigerung der Fleischproduktion.

- Sie roden die Regenwälder. Das Holz wird zur Steigerung privater Gewinne verramscht.

- Über die Hälfte der früheren Regenwälder, riesige Wasser- und CO<sub>2</sub>-Puffer, sind bereits abgeholzt.

## Die Konzerne geben Vollgas in Richtung Klimakatastrophe!

### Motto des Kapitals: Nach uns die Sintflut!

Energiesparende Techniken, Versorgungs- und Verkehrssysteme sind längst bekannt.

### Aber:

- Energiekonzerne mögen keine effiziente Kraft-Wärme-Kopplung.

- Autokonzerne mögen keine Konkurrenz durch öffentliche Verkehrsmittel.

- Ölkonzerne mögen 15-Liter-Autos lieber als Drei-Liter-Autos.

## Das derzeitige Klima-Problem liegt nicht im System der Natur, sondern in der Natur unseres Systems!

Geld- und Kapitalvermögen müssen immer weiter wachsende Gewinne abwerfen. Dringend notwendige schnelle Investitionen in energiesparende Techniken und Systeme würden zunächst nur die Rendite schmälern. Aber um die geht es gerade.

Finanzwirtschaft, Großkonzerne und die internationalen Gremien wie Weltbank, Weltwährungsfond, Welthandelsorganisation, G8 und EU sehen auf der Negativseite im **Klimawandel** allenfalls ein **Handelshemmnis**. Andererseits eröffnet er für sie auch neue Märkte für Umwelttechnologie.

### Auch für die Bundesregierung!

So stellt sie sich als Vorreiter des Kampfes gegen die drohende Klimakatastrophe hin.

### Aber die Bundesregierung

- fördert den Bau neuer Kohlekraftwerke, d.h. bis 2020 50% mehr CO<sub>2</sub>- aus Kohle;

- schützt die Autoindustrie vor drastischen CO<sub>2</sub>-Reduzierungen;

- sie streicht die Gelder für den öffentlichen Nahverkehr zusammen und fördert über die Privatisierung der Bahn die Stilllegung von Strecken;

- verzichtet auf eine Kerosinsteuer;

- tut alles, um die Profitinteressen von Banken und Konzernen zu bedienen. Doch das Kyoto-Ziel für die BRD wird nicht annähernd erreicht;

### Gipfel der Unverbindlichkeit

In puncto Klimakatastrophe offenbarten die G8 in Heiligendamm ihre Untätigkeit. Weltweit handeln werden Politik und Großindustrie mit selbstgedruckten Verschmutzungs-Wertpapieren. Ihr Verkauf bringt Extraprofite. Sie zementieren gewaltige CO<sub>2</sub>-Ausstöße und damit die Klimakatastrophe.



### Gibt es eine Kraft, die unsere Zukunft sichern kann?

Letztlich haben nur die Lohnabhängigen ein nicht von Profitlogik verstelltes Interesse daran, die Klimakatastrophe abzuwenden.

Wir haben nicht die Mittel, kurzfristig und massenhaft auf ökologische Produkte und Energielieferanten oder -träger umzusteigen. Individuelle Verhaltensänderungen als VerbraucherInnen reichen nicht aus, denn die Ursache für die drohende Klimakatastrophe ist eine gesellschaftliche. Deshalb müssen wir **gesellschaftlichen Druck** entwickeln - mit allen Mitteln, die Gewerkschafts- und soziale Bewegungen erzeugen können. Natürlich sind dazu Verbündete zu gewinnen: bei den Erwerbslosen und Rentnern, bei Intellektuellen, Handwerkern, Bauern und anderen Selbstständigen des „unteren Mittelstandes“ und nicht zuletzt auch in kirchlichen Kreisen.

**Verlass ist nur auf das, was wir aus eigener Kraft bewegen!**

**Wir müssen jetzt anfangen.**

**In den Schlüsselbetrieben der Auto- und Energieindustrie, auf der Straße, überall.**

**Wir brauchen**

- den radikalen Ausbau und die radikale Verbilligung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs;

- den radikalen Ausbau der gleichzeitigen Nutzung von Energie für Strom und Heizung (Kraft-Wärme-Kopplung) und

- die radikale Umstellung auf Erdwärme, Wind- und Solarenergie usw.;

- die Umlenkung neuer Investitionen ausschließlich in regenerative Technologien und entsprechende Arbeitsplätze;

### Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken  
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster  
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt  
Tel: 06182/782306

E-Mail: [HKroha@t-online.de](mailto:HKroha@t-online.de)

Redaktionsschluss: 8. Oktober 2007